

# dialogzentrale



<https://www.zebralog.de/>

## Alternative Anbieter / Softwarelösungen

- › Dialogbox: <https://www.polidia.de/>
- › Onlineplattformen: <http://www.werdenktwas.com/>
- › Adhocracy: <https://liqd.net/de/software/>

*Oliver Märker, Nina Schröter*

## Dialogzentrale *Zentrale Plattform für Beteiligungsverfahren*

Spätestens seit Stuttgart 21 ist klar, dass das Modell »Intern beraten – intern Entscheiden – Verkünden« immer seltener ausreicht, um für Entscheidungen zu Themen mit hoher öffentlicher Relevanz ausreichende Legitimation und Akzeptanz zu generieren. Zivilgesellschaftliche Akteure wollen nicht mehr nur als bloße Adressaten bereits weitestgehend in Hinterräumen ausgehandelter Lösungen behandelt werden. Stattdessen möchten sie über Planungsvorhaben frühzeitig, umfassend und (dennoch) verständlich informiert und rechtzeitig als Ideen- oder Feedbackgeber in Planungen einbezogen werden. Daher wird zunehmend (ein)gefordert, Verfahren der öffentlichen Hand mehr als bisher zu öffnen und sie transparenter und partizipativer zu gestalten.

Begriffe wie Open Government, E-Partizipation oder Open Participation spiegeln diese Entwicklung wieder.<sup>1</sup> Indem Kommunen ihre Verfahren einsehbarer und partizipativer als bisher gestalten und dazu übergehen, im Zuge dieses Reformierungsprozesses ihre Bürgerbeteiligungen zu elektrifizieren, sind sie gleichzeitig dazu angehalten, die dafür notwendigen organisatorischen, personellen und technischen Voraussetzungen zu schaffen. Neben der Entwicklung konzeptionellen und praktischen Know-hows, um elektronisch unterstützte Bürgerbeteiligungsverfahren als integrierten Bestandteil ihres Verwaltungshandelns zu realisieren, benötigen Kommunen digitale Beteiligungsinfrastrukturen, um ihre Bürgerbeteiligungen durch elektronische Kanäle zu ergänzen oder weitestgehend ins Netz zu verlagern (E-Partizipation).

In den ersten Jahren der Elektrifizierung der Bürgerbeteiligung<sup>2</sup>, beginnend vor rund 20 Jahren, wurden für die meisten E-Partizipationen in Deutschland jeweils eigene, projektspezifische Plattformen in Forschungsprojekten entwickelt und

---

<sup>1</sup> vgl. Lucke (2010); Ruesch et al. (2012); Ruesch und Märker (2013).

<sup>2</sup> vgl. Brückner und Märker (2015).

mit verschiedenen Formaten digitaler Beteiligung experimentiert. Die EU-Projekte Geographical Mediation (GeoMed) und DEMOS stehen dafür beispielhaft.<sup>3</sup> Nach und nach kamen viele neue Kommunen und damit auch immer mehr Erfahrung hinzu. Über die Zeit kristallisierte sich so ein Set elektronischer Beteiligungsformate heraus, mit denen sich heute der überwiegende Teil elektronisch unterstützter Bürgerbeteiligungen realisieren lässt.

Mit dieser Format-Standardisierung geht einher, dass es heute weniger als früher zu rechtfertigen ist, für jede Bürgerbeteiligung eine eigene Projektplattform mit eigens entwickelten Beteiligungstools bereitzustellen. Das gilt erst recht für Kommunen, die nach ihren ersten E-Partizipations-Piloten nun dazu übergehen, nahezu alle ihre Bürgerbeteiligungen elektronisch durchzuführen. Kommunen – oder andere Verfahrensträger wie Verkehrsbetriebe, Verkehrsverbünde, Planungsverbände, Netzbetreiber, Wohnungsbaugesellschaften, Landkreise oder Landes- und Bundesministerien – benötigen daher für ihre elektronisch unterstützten Bürgerbeteiligungsangebote weitgehend standardisierte Beteiligungsportale, auf denen sie jeweils alle ihre Bürgerbeteiligungsverfahren durchführen und flexibel verwalten können, ohne jedes Mal aufs Neue Anpassungsentwicklungen vornehmen oder auf externe Anbieter für Umbauarbeiten zurückgreifen zu müssen. Für diesen Bedarf wurde die modulare und mehrverfahrenfähige Dialogzentrale entwickelt, die in den folgenden Abschnitten vorgestellt wird.

## **1. Ziele und Voraussetzungen**

### **1.1 Welche Ziele werden mit dem Einsatz der Dialogzentrale verfolgt?**

Die Dialogzentrale ist eine Partizipationssoftware für Kommunen und andere öffentliche oder private Verfahrensträger, die ihre vielfältigen Bürgerbeteiligungen zentral auf einem einzigen Portal bündeln und durchführen und nicht darauf angewiesen sein wollen, für jedes Projekt eine individuelle Beteiligungsplattform bereitzustellen. Eine Kommune verfügt mit der Dialogzentrale also über eine einzige

---

<sup>3</sup> vgl. Gordon et al. (1996), Ziegenhagen und Oedinger (1996), Richter und Gordon (2002), Lührs et al. (2003).

Plattform, auf der alle Fachbereiche ihre Bürgerbeteiligungen anbieten. Damit werden nicht nur die Kosten pro Verfahren für die Bereitstellung der Technik gesenkt, sondern auch ein stadtweiter, fachübergreifender Standard und gleiches Erscheinungsbild gesichert.

Neben der Verringerung des Aufwandes und der Sicherung eines durchgehend hohen Plattform-Standards aufseiten der Verwaltung wird durch die Bündelung aller Verfahren auf der Dialogzentrale ein zentraler Einstiegspunkt für die Bürgerinnen und Bürger geschaffen, der unter einer verständlichen Dachmarke – wie zum Beispiel »Bonn macht mit!« oder »Solingen redet mit!«<sup>4</sup> – kommuniziert werden kann. Für die Nutzer der Plattform bedeutet dies zugleich, dass sie sich nicht immer wieder auf neue Plattformkonzepte einstellen müssen. Stattdessen kennen sie »ihre Plattform«, auf der alle Bürgerbeteiligungen ihrer Kommune angeboten werden. Zudem bildet sich so ein wachsender Nutzerstamm, der bei neuen Verfahren erneut angesprochen und (re)aktiviert werden kann.<sup>5</sup>

Die Dialogzentrale zielt also auf Institutionen, die häufig Beteiligungsverfahren durchführen. Allerdings: Jedes Beteiligungsverfahren hat seine individuellen Rahmenbedingungen. So ist die Ausgestaltung von Bürgerbeteiligungen stets abhängig vom Thema, der Zielgruppe, der Zielsetzungen und vielen weiteren Aspekten, die feinkonzeptionell zu berücksichtigen sind. Diesen Rahmenbedingungen gerecht zu werden ist eine zentrale Herausforderung bei der Konzeptionierung von Online-Beteiligungen.

Daher werden Online-Beteiligungen oder Beteiligungsformate, die elektronische Kanäle crossmedial mit Vor-Ort-Formaten verknüpfen, genauso wie reine Vor-Ort-Veranstaltungen nie ohne ein individuelles Konzept (Verfahrensplan) auskommen. Um den jeweiligen individuellen Anforderungen jeder Bürgerbeteiligung gerecht zu werden, muss eine zentrale Beteiligungsplattform wie die Dialogzentrale – trotz ihres hohen Standardisierungsniveaus – vor allem eins sein: flexibel.

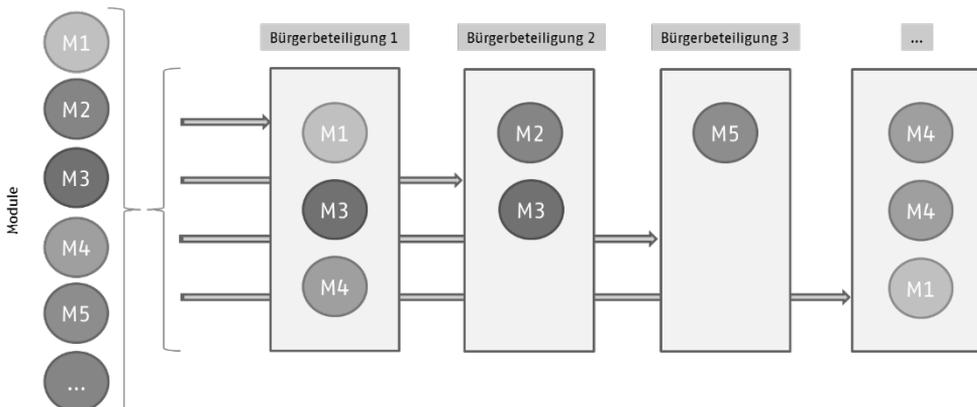
Die Dialogzentrale gewährt diese notwendige Flexibilität durch frei wählbare Beteiligungsmodule (Formate), die je nach entwickelten Verfahrensplan für jede

<sup>4</sup> vgl. [www.bonn-macht-mit.de](http://www.bonn-macht-mit.de) beziehungsweise [www.solingen-redet-mit.de](http://www.solingen-redet-mit.de).

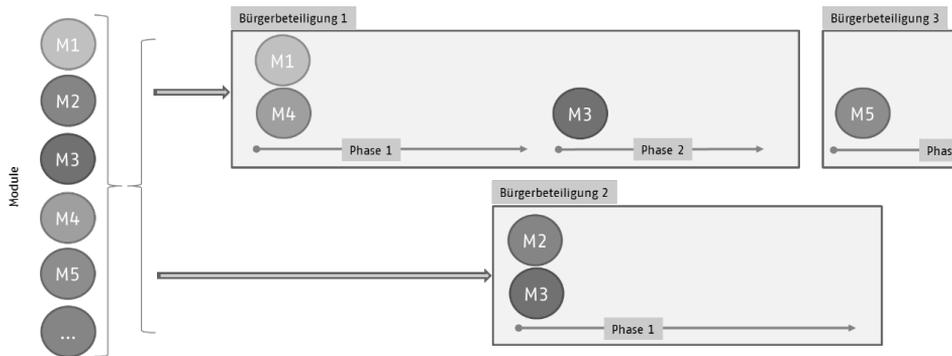
<sup>5</sup> vgl. Schröter und Märker (2015).

Bürgerbeteiligung einfach ausgewählt und beliebig miteinander kombiniert werden können. Dabei können gleiche oder unterschiedliche Module je nach Zielsetzung der Bürgerbeteiligung zusammengestellt werden, wobei dies parallel, sequenziell oder sowohl parallel als auch sequenziell möglich ist. So können beispielsweise im Rahmen einer Bürgerbeteiligung mehrere Beteiligungsphasen mit unterschiedlichen Beteiligungsaufgaben realisiert werden. Für die Institutionen, die viele Bürgerbeteiligungen koordinieren und durchführen, setzt die Dialogzentrale somit folgende drei grundlegende Zielsetzungen um:

- ▶ **Modularität:** Für jede Bürgerbeteiligung können Beteiligungsmodule (vgl. Abschnitt 2.1 »Funktionalitäten«) frei ausgewählt, einfach zusammengestellt und miteinander kombiniert werden – vergleiche Abbildung 1. Dabei kann auch ein Modul gleichzeitig mehrfach genutzt werden.
- ▶ **Mehrphasenfähigkeit:** Jede Bürgerbeteiligung kann durch Beteiligungsphasen zeitlich strukturiert werden, wie zum Beispiel Brainstorming-Vertiefung-Ergebnisdiskussion. Für jede Beteiligungsphase können die jeweils benötigten Beteiligungsmodule ausgewählt und frei miteinander kombiniert werden – vergleiche Abbildung 2.



**Abbildung 1:** Dialogzentrale Modularität (Quelle Zebralog)



**Abbildung 2:** Dialogzentrale Mehrphasenfähigkeit und Mehrverfahrenfähigkeit (Quelle ZebraLog)

- ▶ **Mehrverfahrenfähigkeit:** Jede Bürgerbeteiligung kann für sich mit Modulen bestückt, in Phasen strukturiert und konfiguriert und unabhängig (abgekapselt) von anderen Bürgerbeteiligungsverfahren gestartet, durchgeführt, dokumentiert und (automatisch) archiviert werden. Dabei können Bürgerbeteiligungsverfahren auch parallel verlaufen – vgl. Abbildung 2. – und dabei von unterschiedlichen Bereichen einer Institution verwaltet bzw. verantwortet werden.

Darüber hinaus bietet die Dialogzentrale weitere Flexibilitätsspielräume durch einfache Konfigurationsmöglichkeiten der Module oder modulübergreifender Funktionen, indem beispielsweise für jede Bürgerbeteiligung eigene Teilnahmebedingungen (z. B. Teilnahme mit oder ohne Registrierung) eingestellt werden.

## 1.2 Welche technischen und organisatorischen Voraussetzungen braucht es?

Die Dialogzentrale ist eine webbasierte Anwendung. Sowohl die Kommune (oder andere Verfahrensträger) als auch die Nutzer (Bürgerinnen und Bürger oder Kunden) benötigen lediglich einen gängigen Browser, um die Dialogzentrale zu nutzen, sei es mit einem Desktop, Laptop oder anderen mobilen Endgeräten. Die Dialogzentrale wird als Software-as-a-Service bereitgestellt, d. h. sie wird einfach gemietet: Hosting, Administration und auch funktionale Updates (z. B. Ergänzung eines neuen Moduls) sind in der Miete enthalten.

Organisatorisch bedarf es aufseiten des Verfahrensträgers einer verantwortlichen Stelle. In Kommunen sind dies beispielsweise Bürgerbeteiligungsbeauftragte oder Akteure aus dem Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die die Plattform zentral und fachübergreifend verwalten und in enger Abstimmung mit den Fachbereichen Bürgerbeteiligungen konzeptionieren und Verfahren unter Rückgriff auf die Beteiligungsmodule (vergleiche Abbildungen 1 und 2) einrichten. Ansonsten bedarf es, wie bei anderen Bürgerbeteiligungen, die ausschließlich vor Ort umgesetzt werden, auch:

- ▶ redaktioneller Arbeiten zu den wichtigsten Informationen, also worum geht es, was ist der Beteiligungsrahmen, wer kann sich wie beteiligen;
- ▶ einer Online-Moderation, die nicht nur auf die Einhaltung der Dialogregeln achtet, sondern den Dialog auch mit Blick auf die jeweiligen Fragestellungen und Beteiligungsziele durch Rückfragen oder Hilfestellungen unterstützt;
- ▶ einer fachredaktionellen Auswertung und Dokumentation der Beteiligungsergebnisse nach Abschluss der Bürgerbeteiligung (oder einer Bürgerbeteiligungs-Phase), und
- ▶ eines Teilprojektmanagements mit Aufgaben-, Rollen- und Zeitplanung für eine Bürgerbeteiligung oder eine Bürgerbeteiligungsphase.

Für diese organisationalen Aufgaben sind aufseiten der Kommune (beziehungsweise anderer Verfahrensträger) Rollen und Prozesse zwischen der koordinierenden Stelle, die die Dialogzentrale und konzeptionelles Know-how bereitstellt, und den jeweiligen Fachbereichen, die eine Bürgerbeteiligung fachlich verantworten, zu definieren.

## **2. Funktionalitäten und Einsatzgebiet der Dialogzentrale**

Die Dialogzentrale bietet verschiedene Module an, die je nach Bedarf für eine Bürgerbeteiligung zusammengestellt und frei miteinander kombiniert werden können – vergleiche Abbildungen 1 und 2. Was ist ein Modul? Jedes Modul ist ein weitgehend standardisiertes, aber konfigurierbares »Funktionsbündel«, durch das jeweils

eine gewünschte Beteiligungsmethode (Format) bereitgestellt wird. Im folgenden Abschnitt werden die am häufigsten verwendeten Module bzw. Beteiligungsformate beschrieben. Dabei wird auch schon auf erste Einsatzgebiete anhand von Beispielen verwiesen, auf die wir im darauffolgenden Abschnitt noch einmal gesondert eingehen werden.

## **2.1 Welche Funktionalitäten bietet die Dialogzentrale**

Folgende fünf »Funktionsbündel« (Module) der Dialogzentrale werden am häufigsten genutzt und für Bürgerbeteiligungen miteinander kombiniert:

(1) Modul »Ideensammlung«: Mit diesem Modul werden alle Szenarien abgedeckt, in denen Bürgerinnen und Bürger (oder Kundinnen und Kunden) aufgefordert werden, zu einem oder mehreren Fragestellungen ihre Ideen, Wünsche, Hinweise oder Vorschläge einzubringen. Eingehende Beiträge können durch die Teilnehmenden selbst bereits bei ihrer Eingabe vorgegebenen Unterthemen (Kategorien) zugeordnet werden. Und alle eingegangenen Ideen oder Vorschläge können dann durch alle Teilnehmenden sortiert, bewertet und diskutiert werden. Dadurch entstehen thematisch strukturierte, durch Bewertungen priorisierte und durch Kommentare (qualitative Daten) angereicherte Ideen- und Vorschlagslisten, die in den weiteren Planungen verarbeitet werden. Dieses Format wird daher häufig zu Beginn einer Bürgerbeteiligung(sphase) verwendet, wenn es also darum geht, zunächst strukturiert zu sammeln, eine Bestandsaufnahme von Wünschen, Ideen oder Vorschlägen vorzunehmen.

Das gleiche Format kann aber auch zu einem späteren Zeitpunkt in Planungs- und Entscheidungsvorbereitungsprozesse genutzt werden, um bereits entwickelte Ideen diskutieren und bewerten zu lassen. Dann sind es nicht die Bürgerinnen und Bürger, die ihre Vorschläge eingeben, sondern es sind Vorschläge, Pläne oder Szenarien aus Politik und Verwaltung, die zur Diskussion gestellt werden. So konnten in einem mehrphasigen, medienübergreifenden Beteiligungsverfahren in Berlin Bürgerinnen und Bürger über die Zukunft der Berliner Mitte mitreden. Neben

umfassenden Informationsbausteinen und Veranstaltungsdokumentationen hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, in zwei Online-Diskussionsphasen eigene Vorschläge einzubringen und konkrete Fragestellungen zu erörtern. Die Grundlage für die Diskussion war jeweils das vorschlagsbasierte Beteiligungsmodul, das an die Anforderungen der jeweiligen Dialogphase angepasst wurde – vergleiche Abbildung 3.

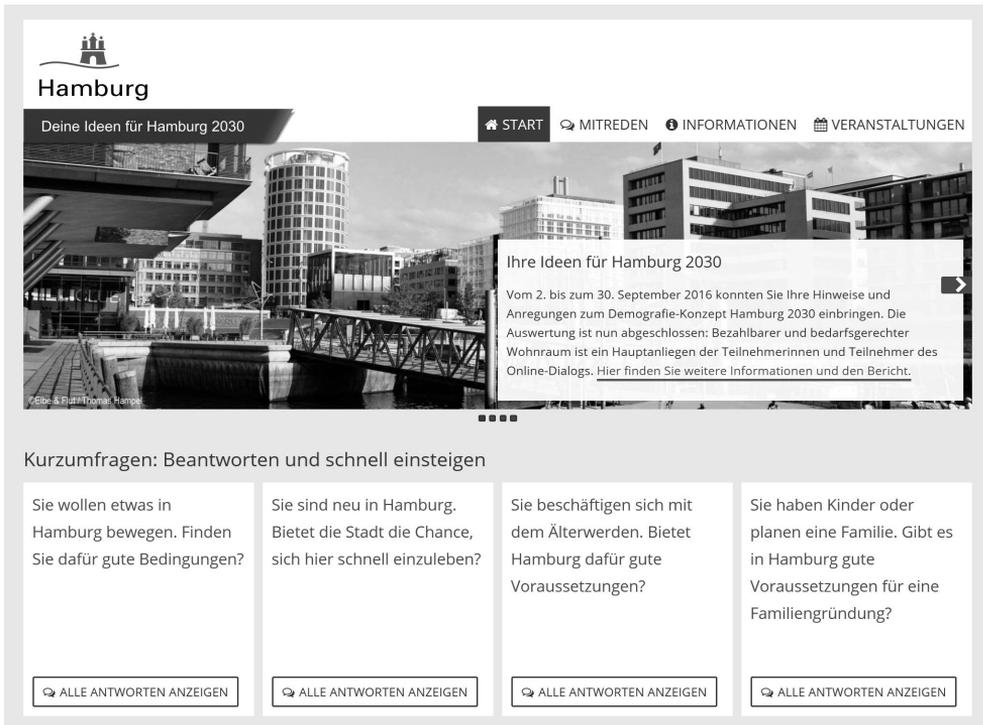


Abbildung 3: Modul Ideensammlung

(2) Crowdmapping-Modul: Dieses Modul wird immer dann verwendet, wenn sich für eine Beteiligung, wie es beispielsweise bei Infrastrukturprojekten oder Verkehrsplanungsthemen häufig der Fall ist, eine Kartendarstellung für die Beteiligung anbietet. Teilnehmende tragen dann ihre Beiträge, ihre Hinweise oder Vorschläge durch das Setzen von Pins auf einer Karte ein. Dadurch entsteht eine Sammlung verorteter Beiträge, die zusätzlich auch – entlang zuvor eingerichteter Kategorien – Themen zugeordnet werden können. Auch diese Vorschläge können bewertet und

diskutiert werden. Um beispielsweise zu erfahren, welche Wege für Radfahrerinnen und Radfahrer besonders gefährlich sind, kann dieses Modul genutzt werden, um Bürgerinnen und Bürger besonders gefährliche Stellen auf einer Karte markieren und begründen zu lassen. Diese georeferenzierten Bürgerinformationen können – neben den objektiv erhobenen Unfallstatistiken – für die weiteren Planungen genutzt werden, um gefährliche Stellen durch kleinere oder größere bauliche Maßnahmen sicherer zu machen – vergleiche Abbildung 4.

Umgekehrt können Kommunen (oder andere Verfahrensträger) das Crowdmapping-Modul auch nutzen, um bereits entwickelte Maßnahmen und Pläne zu verorten und die Teilnehmenden um Feedback zu bitten. Dann wird dieses Modul genutzt, um die Bürgerinnen und Bürger über die Orte der Maßnahmen beziehungsweise deren Verteilung im Planungsbereich zu informieren. Jede Maßnahme wird dann durch Klicken eines Pins aufgerufen und kann dann diskutiert und bewertet werden. Auch Mischformen sind mit diesem Modul möglich, wenn zum Beispiel durch die Kommune Orte für Maßnahmen vorgeschlagen werden und die Bürgerinnen und Bürger nicht nur diese Vorschläge bewerten und kommentieren, sondern auch alternative Orte für Maßnahmen vorschlagen können – vergleiche Abbildung 6.

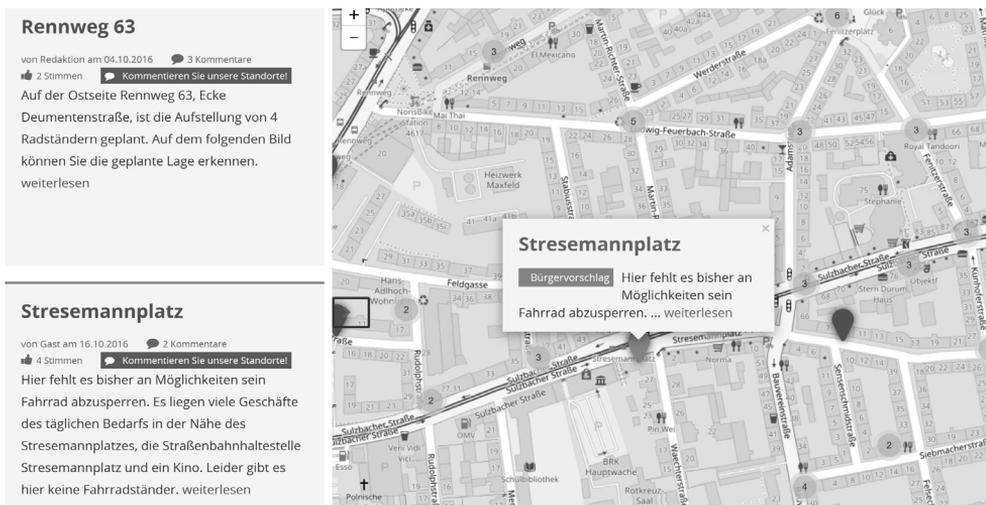


Abbildung 4: Beispiel Crowdmapping-Modul

(3) Umfrage-Modul: Dieses Modul erlaubt, offene Befragungen durchzuführen. Offen, weil im Unterschied zu Online-Fragebögen erlaubt es dieses Format, zu einem oder mehreren Themen Fragen bereitzustellen, die die Teilnehmenden unabhängig voneinander beantworten können. Die Nutzer wählen (nur) die Fragen bzw. Themen aus, die sie interessieren und beantworten wollen. Jede Frage wird durch die zuvor eingerichteten Antwortalternativen (z. B. »Ja«, »Nein«, »Weiß nicht«, vergleiche Beispiel der Abbildung 5) beantwortet. Die Auswahl kann darüber hinaus durch Kommentare begründet werden, sodass neben quantitativen auch qualitative Informationen gewonnen werden. Und offen, weil sowohl die quantitativen (Zwischen-) Ergebnisse als auch die Kommentare sofort einsehbar und als Grundlage für weitere Diskussionen genutzt werden können. Dieses Format wird daher häufig für den Einstieg in einen Bürger- oder Kundendialog genutzt, häufig in Kombination mit weiteren Formaten zu vertiefenden Diskussionen von Themen oder Planungen. Es wird aber auch für »spätere« Projekt- bzw. Beteiligungsphasen eingesetzt, um Rückmeldungen zu Ergebnissen einzuholen.

(4) Modul Text-Annotation: Texte diskutieren. Dieses Modul wird immer dann genutzt, wenn zu Textentwürfen ein Feedback eingeholt werden soll. Ministerien nutzen dieses Modul häufig, um Referenten- oder Gesetzesentwürfe zur Diskussion zu stellen, Kommunen, um beispielsweise zu Entwürfen von Bürgerbeteiligungsleitlinien Rückmeldungen einzuholen. Bürger können dazu ganze Kapitel, Abschnitte, Sätze oder ausgewählte Textbausteine markieren und kommentieren. Kommentare (Annotationen) können durch Dritte ebenfalls kommentiert und bewertet werden. Dieses Modul wird häufig gegen Ende eines Planungs- beziehungsweise Bürgerbeteiligungsprozesses eingesetzt.

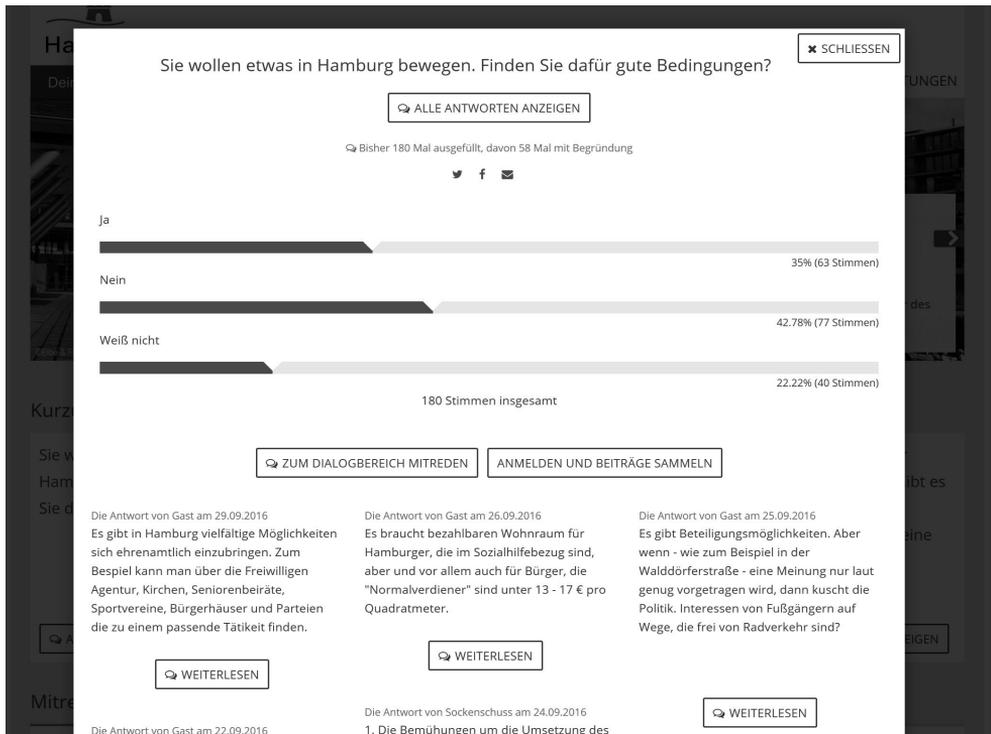
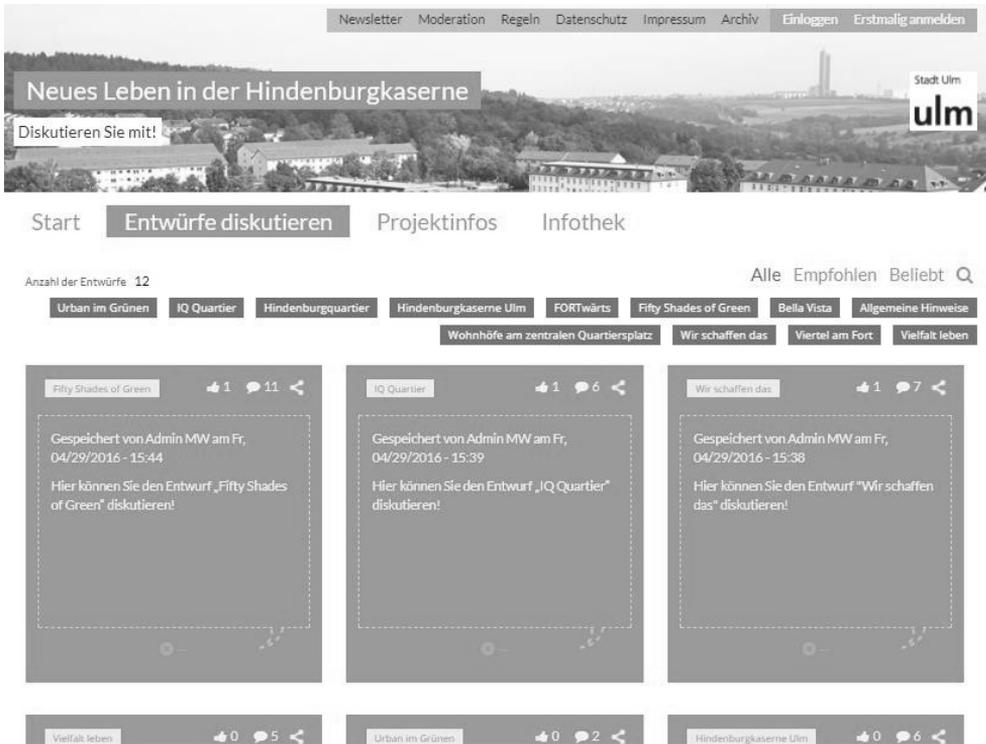


Abbildung 5: Beispiel Umfrage-Modul

(5) Online-Bürgerbüro: Hier handelt es sich um ein Modul für das Management von Fragen und Antworten. Auch dieses Modul wird sehr häufig eingesetzt, da es für viele Szenarien geeignet ist. Mithilfe dieses Moduls können Bürgerinnen und Bürger ihre Fragen zu einer Planung oder zum Ablauf einer Bürgerbeteiligung stellen. Die eingehenden Fragen werden bereits (auf der Basis eingerichteter Themen) durch die Teilnehmenden einem Thema zugeordnet.

Eingegangene Fragen werden durch den Verfahrensträger, also etwa eine Kommune, innerhalb einer zugesagten Zeit (zum Beispiel innerhalb von 2 Werktagen) beantwortet. Dadurch entsteht mit der Zeit eine Häufige-Fragen-und-Antworten-Liste (FAQ), die entlang der Themen oder dem Status (offen/beantwortet) sortiert oder gefiltert werden kann. Je nach Konfiguration kann bestimmt werden, ob

die Antworten der Verwaltung erneut kommentiert (zum Beispiel für nachfragen) oder ob die Fragen oder Antworten der Verwaltung bewertet werden können. Dieses Modul wird in vielen Verfahren häufig als »Metaforum« genutzt, um Raum für Verfahrensfragen zu geben. Vergleiche dazu auch die Abbildung 6.



**Abbildung 6:** Beispiel Online-Bürgerbüro

Die skizzierten Module können – wie in Abbildung 2 schematisch dargestellt – für Bürgerbeteiligungen individuell (bei Bedarf auch mehrfach) zusammengestellt werden. Darüber hinaus bietet die Dialogzentrale Funktionen, um Bürgerbeteiligungen einfach zusammenzustellen, sie zu öffnen und zu schließen, sie redaktionell mit Inhalten zu befüllen (Redaktionsfunktionen) und Funktionen, um Bürgerbeteiligungen online zu moderieren (Moderationsschnittstelle), ohne den Überblick zu verlieren. Soll beispielsweise eine neue Bürgerbeteiligung angeboten werden, nutzt man

diese »Steuerungsfunktionen« auch, um Informationsbereiche zum Projekt bzw. der Bürgerbeteiligung einzurichten und dort Informationsbausteine mit Fach- und Prozessinformationen abzulegen.

Informationen können beispielsweise in Form frei gestaltbarer Informationsseiten, aufklappbarer häufiger Fragen und Antworten (FAQ) oder als Dokumente zum Download abgelegt bzw. angeboten werden. Darüber hinaus bietet die Dialogzentrale weitere nützliche Funktionen, die für die Gestaltung von Bürgerbeteiligungen verwendet werden können, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung eines transparenten und einsehbaren Prozess- und Beteiligungsgedächtnisses:

- ▶ Zeitstrahl, um Planungs- und Beteiligungsereignisse chronologisch darzustellen und (für zurückliegende Ereignisse) auf die jeweiligen Ergebnisse und Dokumentationen zu verweisen. So entsteht ein navigierbares Prozess- und Beteiligungsgedächtnis.
- ▶ Bibliotheken, um systematisch alle relevanten Dokumente (Pläne, Protokolle, Dokumentationen, Gutachten, Beschlussvorlagen, Entscheidungen, etc.) zu einem Planungsverfahren bzw. zum dazugehörigen Beteiligungsverfahren an einer zentralen Stelle abzulegen. Alle Dokumente können über das Datum, Dokumententyp, Themen oder über die Schlagwortsuche gefiltert und gefunden werden. Auf diese Weise wird für Bürgerbeteiligungen ebenfalls ein wichtiger Baustein für ein umfassendes Transparenzangebot sowie ein Beteiligungs- und Prozessgedächtnis geschaffen.
- ▶ Bildergalerien, um beispielsweise Vor-Ort-Veranstaltungen auf der Plattform zu dokumentieren. Auch diese Funktion ist wichtig, um eine Bürgerbeteiligung mit ihren »crossmedialen Auslegern« in Gänze zu erfassen und festzuhalten.

Darüber hinaus werden auch für die Nutzer (Bürger) modulübergreifende Funktionen angeboten, wie z. B. Newsletter-Abonnements (für alle oder jede einzelne Bürgerbeteiligung) oder Benachrichtigungsfunktionen, die melden, wenn neue Beiträge oder Antworten eingetroffen sind.

## 2.2 Für welche Einsatzgebiete und Fragestellungen wird die Dialogzentrale genutzt?

Schon bei der Beschreibung der Funktionen und »Funktionsbündel« (Module) wurde aufgezeigt, dass die Dialogzentrale aufgrund ihrer Modularität, Mehrphasen- und Mehrverfahrenfähigkeit für viele unterschiedliche Beteiligungsanlässe und Fragestellungen genutzt werden kann. In Kommunen sind dies beispielsweise:

- ▶ Bürgerbeteiligungsangebote zum Haushalt (Bürgerhaushalte: Für welche Projekte soll Geld zur Verfügung gestellt werden? Wo können wir zukünftig einsparen?);
- ▶ zur Leitbildentwicklung, zur Stadtentwicklungsplanung oder zum Masterplan (Wie soll sich eine Kommune weiterentwickeln?);
- ▶ zur Verkehrsentwicklungsplanung (Wie soll die Mobilität der Zukunft aussehen?);
- ▶ Lärmaktionsplanung (Wo ist es zu laut?) oder
- ▶ Bürgerbeteiligungen zu Projekten der Stadt- und Verkehrsplanung, in denen Flächen wie Grünzüge oder Quartiere entwickelt werden (Wie soll eine Planung umgesetzt werden? Welche Nutzungen?).

Verkehrsverbände bitten hingegen um Feedback oder um Hinweise zu Fahrplänen, zur Fahrzeugausstattung oder zur Barrierefreiheit von Bahnhöfen. Ministerien oder Landesparlamente bitten um Hinweise und Feedback zu Gesetzesvorlagen. Für nahezu alle Einsatzgebiete gilt: Im Prozess ergeben sich in unterschiedlichen Phasen unterschiedliche Zielsetzungen und Fragestellungen und damit auch unterschiedliche Beteiligungsanlässe für unterschiedliche Zielgruppen, die jeweils – will man auch online Beteiligung anbieten – durch modulare, mehrphasen- und mehrverfahrenfähige Plattformen abgedeckt werden.

### 3. Referenzen und Literatur

- Brückner, Maria und Oliver Märker (2015): E-Partizipation: Elektrifizierung der Bürgerbeteiligung. Mit Beispielen aus Berlin und Brandenburg. Standort - Zeitschrift für Angewandte Geographie, Sonderheft zum Deutschen Kongress für Geographie, S. 112-119.
- Gordon, Thomas F., Nikos Karacapilidis und Hans Voss (1996): Zeno – A Mediation System for Spatial Planning. In CSCW and the Web - Proceedings of the 5th ERCIM/W4G Workshop, Hrsg. U. Busbach, D. Kerr & K. Sikkel, 55-61. Sankt Augustin, Germany.
- Lahmann, Dirk und Oliver Märker (2015): Beteiligungsangebote unter einem Dach. Kommune 21, 8/2015, 39.
- Lührs, R., J. Pavón und M. Schneider-Fontán (2003): DEMOS Tools for Online Discussion and Decision Making. In Web Engineering, International Conference, ICWE 2003, Oviedo, Spain, July 14-18, 2003, Proceedings, Hrsg. Juan Manuel Cueva Lovelle Et Al., 525-528. Springer.
- Lucke von, Jörn (2010): Open Government - Öffnung von Staat und Verwaltung - Gutachten für die Deutsche Telekom AG zur T-City Friedrichshafen, Version vom 09.05.2010, Deutsche Telekom Institute for Connected Cities.
- Richter, Gernot und Thomas F. Gordon (2002): DEMOS – Delphi Mediation Online System. ERCIM News, 2002, 22-23.
- Ruesch, Anna Michelle und Oliver Märker (2013): More Top-Down Participation, Please! Institutionalized empowerment through open participation. Digital Development Debates, 2013.
- Ruesch, Anna Michelle, Sebastian Basedow und Jan Korte (2012): From E to O. Towards Open Participation as a Guiding Principle of Open Government. In: Advancing Democracy, Government and Governance – Joint International Conference on Electronic Government and the Information Systems Perspective, and Electronic Democracy, EGOVIS/EDEM 2012, Vienna, Austria, Hrsg. Andrea Kö,

Christine Leitner, Herbert Leitold & Alexander Prosser, 254-263. Vienna, Austria 2012: Springer (Heidelberg/Berlin).

Schröter, Nina und Oliver Märker (2015): Zentrale Plattform für Beteiligungsverfahren. Dialogzentrale von Zebralog ist in Berlin, Bielefeld und Bonn im Einsatz. Splitter - IT-Nachrichten für die Berliner Verwaltung, 2015 (25. Jahrgang), Seiten 12-16.

Ziegenhagen, Ulrich und Vilbert Oedinger (1996): GeoMed - Werkzeug der Stadt- und Regionalentwicklungsplanung. Der GMD-Spiegel, 1996, 22-26.